



KURZFASSUNG

STRAT.AT
2007|2013

Nationaler Strategischer Rahmenplan
Österreich 2007-2013

*Beschluss der Österreichischen Raumordnungskonferenz
vom 27.10.2006*

*Entscheidung der Europäischen Kommission
vom 4.4.2007*

CCI 2007AT16UNS001

Beschluss der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) vom 27. Oktober 2006

Entscheidung der Europäischen Kommission [K(2007)1462 endg.] vom 4. April 2007

© 2006 by Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK), Wien
Alle Rechte vorbehalten

Medieninhaber: Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK)
Geschäftsführer: Mag. Markus SEIDL/Mag. Johannes ROSSBACHER
A-1010 Wien, Hohenstaufengasse 3
Tel.: +43 1 535 34 44, Fax +43 1 535 34 44 54
e-mail: oerok@oerok.gv.at | www.oerok.gv.at

Bearbeitung: Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR), Wien
A-1010 Wien, Franz-Josefs-Kai 27
Tel.: +43 1 533 87 47, Fax: +43 1 533 87 47-66
e-mail: oir@oir.at | www.oir.at

Christof Schremmer (Projektleitung), Ursula Mollay; Cornelia Krajasits
mit Verwendung von textlichen Beiträgen von Wolf Huber (BKA, Abt. IV/4) und
der Geschäftsstelle der ÖROK

Prozessbegleitung: Günter Scheer, ÖAR Regionalberatung GmbH

Wien, Dezember 2006

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	4
1. STRAT.AT : Funktion, Erstellungsprozess und Rahmenbedingungen	4
2. Herausforderungen für die Regional- und Beschäftigungspolitik Österreichs	4
3. Die regional- und beschäftigungspolitischen Strategien Österreichs	7

Kurzfassung

1. STRAT.AT: Funktion, Erstellungsprozess und Rahmenbedingungen

Die Strukturfondspolitik 2007-2013 ist durch eine Verstärkung des strategischen Ansatzes gekennzeichnet, wobei die Programmplanungen auf zwei neue Elemente aufbauen, die so genannten „Strategischen Kohäsionsleitlinien“ auf Europäischer Ebene einerseits sowie den „Einzelstaatlichen Strategischen Rahmenplänen“ auf Ebene der Mitgliedstaaten andererseits. Diese beiden Elemente, die im Vorschlag zur Allgemeinen Strukturfondsverordnung „Strategisches Kohäsionskonzept“ genannt werden, bilden somit den Rahmen für die Planung der operationellen Programme.

In Österreich wurde der „Einzelstaatliche Strategische Rahmenplan“ (abgekürzt STRAT.AT), auf Grund der föderalen Struktur und des partnerschaftlichen Verständnisses der beteiligten Stellen auf Initiative von Bund und Ländern im Rahmen eines intensiven Arbeitsprozesses auf der Plattform der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) erstellt. Entsprechend dem partnerschaftlichen Verständnis von Regionalpolitik und der föderalen Struktur in Österreich wurde das Dokument somit von den Hauptakteuren gemeinsam erarbeitet¹.

Der STRAT.AT bildet den Rahmen für die operationellen Programme für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sowie für das Ziel Konvergenz (Phasing Out) Burgenland. Weiters wurde das Ziel 3, „Territoriale Kooperation“, in die Arbeiten einbezogen. Er schließt auch die Schnittstellen zur Achse 3² des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007 – 2013 ein.

Das im STRAT.AT beschriebene Maßnahmenspektrum geht dabei teilweise über das Spektrum an Fördermöglichkeiten mit Strukturfonds-Mitteln hinaus und schließt rein national finanzierte Maßnahmenfelder dort ein, wo es im Zusammenhang der Strategiedarstellung erforderlich ist. So werden einzelne Bereiche vorwiegend ohne SF-Mittel umgesetzt werden, wie z.B. aufgrund des hohen Budgetbedarfs der Bereich Verkehrsinfrastrukturausbau und Logistik, oder jene, die eine Gestaltung von Rahmenbedingungen darstellen, die durch die SF-Mittel nicht beeinflusst werden können. Für die SF-Kofinanzierung vorgesehene Bereiche (z.B. Planung und Projektentwicklung, Begleitmaßnahmen, Steuerungsinstrumente, F&E) werden für investive Maßnahmen wichtige inhaltliche und innovatorische Impulse liefern.

2. Herausforderungen für die Regional- und Beschäftigungspolitik Österreichs

Die 2004 erfolgte Erweiterung der EU und die in den nächsten Jahren vorgesehenen weiteren Schritte zur Vergrößerung der Gemeinschaft führten zu einem dramatischen Anstieg der wirtschaftlichen Disparitäten innerhalb der Gemeinschaft. Dies stellt eine historische Herausforderung an die Regionalpolitik der EU dar, da es in den nächsten Jahren darum gehen wird, *die Balance zwischen dem erforderlichen Zusammenhalt einerseits und der (globalen) Wettbewerbsfähigkeit der Regionen innerhalb der EU andererseits zu wahren*. Die Heranführung der neuen Mitgliedsstaaten an den EU-Durch-

¹ Die inhaltliche Begleitung und Verfassung des vorliegenden Dokuments: DI Christof Schremmer, Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR); Die Prozessgestaltung und -begleitung Dr. Günter Scheer, ÖAR Regionalberatung GmbH. Ex-ante-Evaluierung: Mag. Kristina Zumbusch und Mag. Markus Gruber, SUP-Umweltbericht: Dr. Franz Prettenhaler – alle Joanneum Research.

² Achse 3 = Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und Lebensqualität im ländlichen Raum (Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013).

schnitt bei gleichzeitiger (aber temporärer) Nutzung dieser low-cost-Standorte in der EU als Wettbewerbsvorteil im *globalen* Maßstab ist *die* entscheidende wirtschafts- und regionalpolitische Aufgabe in der EU der nächsten Jahrzehnte.

Auch Entwicklungen jenseits der Europäischen Union wirken stark auf Österreich. Sie intensivieren den in der EU beobachtbaren Prozess des Wettbewerbs von Unternehmen und Regionen und bilden einen wesentlichen Rahmen für die innerhalb der EU angewandte Entwicklungsstrategie.

Aufgrund steigender Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen kommt es zur Überalterung der Bevölkerung: immer weniger junge Menschen stehen einer steigenden Zahl von älteren Menschen gegenüber. Diese demographische Verschiebung wird Änderungen in den Konsummustern und im Bedarf an öffentlichen Dienstleistungen haben, kann aber auch die Verhaltensweisen der Arbeitskräfte (Mobilität, Innovationsbereitschaft) verändern. Bevölkerungswachstum ist aufgrund der geringen Geburtenzahlen vielerorts von der internationalen Wanderung abhängig und nur mehr durch Zuwanderung aus dem Ausland möglich, mit der Folge zunehmend multikultureller Gesellschaften.

Technologische Innovationen einerseits und die zunehmende Komplexität und Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft andererseits haben dazu geführt, dass Wissen über den effizienten Umgang mit Informationen und Kommunikation und den dafür verfügbaren Technologien und sozialen Fertigkeiten zu zentralen Ressourcen sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für die persönliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geworden sind. Viele Menschen, aber auch Bildungssysteme und Organisationen ebenso wie öffentlichen Verwaltungen sind für diese Anforderungen bisher nur unzureichend vorbereitet. Einer Politik zur Sicherung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts stellen sich hier neue Aufgaben, um zu verhindern, dass – etwa im Sinne des „digital divide“ – wesentliche Teile von Wirtschaft und Gesellschaft und *auch Regionen* den Anschluss an diese Entwicklungen verpassen.

Um eine für Österreich adäquate Strategie zum Umgang mit den genannten Trends und Entwicklungsbedingungen auszuarbeiten, ist es erforderlich, die spezifische österreichische Raum- und Wirtschaftsstruktur mit ihren Stärken und Schwächen – in Hinblick auf die oben dargestellten globalen Herausforderungen – zu beachten. Vor dem Hintergrund einer SWOT-Analyse sind als spezifisch österreichische Stärken und Schwächen – und daraus abgeleitet auch Entwicklungschancen – folgende zu nennen:

Entwicklungsfokus: Vom Technologienehmer zur Wissensbasierten Ökonomie

Das österreichische Strukturparadoxon (bislang hohe Wachstumsraten bei geringen Unternehmensgrößen und relativ niedrigem Technologieniveau) hat sich aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen durch Globalisierung abgeschwächt und einer unterdurchschnittlichen Wachstumsentwicklung Platz gemacht. Bisherige Stärken im mittleren „Technologie- und Qualifikationssegment“ gehen zunehmend verloren, ohne dass neue Stärken in den Hochtechnologiesegmenten in ausreichendem Maße aufgebaut wurden. Dies weist auf die Notwendigkeit des Übergangs zu einem neuen Wachstumsmuster einer „wissensbasierten Ökonomie“ hin. Technologische Entwicklungen und Globalisierungstendenzen führen zu einer permanenten Um- bzw. Neubewertung der Wettbewerbsfähigkeit und damit zu einem hohen Anpassungsdruck auf Regionen und ihre Akteure.

Unternehmensgröße, kleine Regionen vs. steigende (internationale) Aktionsradien

Die österreichische Wirtschaft ist gekennzeichnet durch sehr hohe Anteile an kleinen und kleinsten Unternehmen sowie einen geringen Anteil an größeren und international präsenten Unternehmen. Die zunehmend bedeutender werdende Ausrichtung auf internationale Märkte, Wettbewerbsfähigkeit und internationale Positionierung sind demgegenüber jedoch eng an die Existenz kritischer Massen gekoppelt. Schwerpunktsetzungen und Spezialisierungen sind in vergleichsweise kleinen Regionen

notwendige Voraussetzung, um kritische Massen aufbauen zu können. Dies hat Konsequenzen für die konkrete (physische) Standortentwicklung, die bundesländergrenzübergreifende Koordination von Clustern und Netzwerken, sowie für die (Verkehrs-)Infrastrukturplanung. Bei letzterer hat Österreich – speziell in der Osthälfte des Landes – noch erheblichen Nachholbedarf.

Anpassungsdruck auf den Arbeitsmärkten: Qualifizierungssteigerung auf allen Ebenen

Der hohe Anpassungsdruck auf die österreichischen Unternehmen bedeutet auch wesentliche Veränderungen für die in ihnen Beschäftigten, unabhängig davon, ob sie als Selbstständige oder Unselbstständige tätig sind. Strukturelle Defizite betreffen bisher zu geringen Anteilen die (lebensbegleitend) Lernenden, das Wissensniveau und die Qualität der mit Qualifizierungsmaßnahmen vermittelten Fertigkeiten. Weiters betrifft dies auch die Anzahl und die Qualifikation der AbsolventInnen von akademischen Ausbildungen. Auch die Vorbereitung auf die in wenigen Jahren vollständige Öffnung und Integration der Arbeitsmärkte zu den angrenzenden Erweiterungsländern ist eine für Österreich spezifische, zentrale Herausforderung.

Nutzung der ökonomischen und natürlichen Regionsvielfalt

Die Kleinheit und die topographisch bedingte Vielfalt österreichischer Regionen und die Kleinteiligkeit des Unternehmenssektors hat Vorteile bei der Flexibilität und der langfristigen Stabilität. Bei verstärktem internationalen Wettbewerbsdruck ist die Kleinheit aber auch als struktureller Nachteil zu sehen. Es gilt daher, die Vielfalt als eigene Standortqualität zusammen mit der traditionell starken regionalen Verankerung von Unternehmen als Wettbewerbsvorteil zur Geltung zu bringen. Dabei spielen auch Tourismus und Freizeitinfrastruktur, gemeinsam mit der intakten Natur- und Kulturlandschaft, als Standortfaktor eine zunehmend wichtige Rolle.³

Integration der Standorträume über Grenzen (innerösterreichisch und europäisch)

Standorte in Österreich sind relativ fragmentiert und klein. Die internationale Sichtbarkeit und Positionierung sowie die Notwendigkeit des Aufbaues kritischer Massen erfordert eine Integration der Standorträume und die Bildung größerer, gut ausgestatteter Standorte in exzellenter Verkehrslage. Dies erfordert die Vernetzung zwischen Zentralräumen ebenso wie eine grenzüberschreitende, koordinierte Standortentwicklung. Die räumliche Lage unmittelbar angrenzend an die Erweiterungsländer der Europäischen Union und die nunmehr verbesserten Rahmenbedingungen zur territorialen Kooperation bieten neue Chancen zu einem Aufbau grenzüberschreitender Zuliefernetzwerke sowie zur Positionierung im Dienstleistungssektor.

Erreichbarkeit und Verkehr als besondere Herausforderung

Verkehr und Erreichbarkeit ist für die Entwicklung Österreichs besonderes wichtig. Durch die Lage in Mitteleuropa ist Österreich ein Transitland, durch den hohen Anteil des Alpenraums am Bundesgebiet besteht demgegenüber jedoch eine erhebliche ökologische Sensibilität und eine intensive Belastung von BewohnerInnen entlang der Transitrouten. Diese Problematik betrifft zunehmend auch östliche Teile des Bundesgebietes und wird sich gemäß der vorliegenden Prognosen zur Entwicklung des Güterverkehrs v.a. entlang des Donaukorridors in den nächsten Jahren erheblich verschärfen.

³ Unter Österreichs Regionen weist das Burgenland einen erheblichen Entwicklungsrückstand auf und hatte deswegen von 1995 bis 2006 den Status einer Ziel 1-Region. Das Burgenland wird in der Förderperiode 2007-2013 als einzige Region Österreichs im Rahmen des Zieles Konvergenz/Phasing Out gefördert. Die Region erreichte im Durchschnitt der Jahre 2000 – 2002 im Vergleich zum Schnitt der EU-15 74,4% des BIP pro Einwohner in Kaufkraftparitäten und im Vergleich zu Österreich im selben Zeitraum 66,2%. Einer der wichtigsten Gründe für den Unterschied des Burgenlandes zu den anderen Regionen ist die geringe Ausstattung mit Wirtschaftsbetrieben und Arbeitsplätzen.

In Hinblick auf die stark wachsenden Märkte und die dynamische Unternehmensstruktur in den neuen Mitgliedsstaaten ist damit zu rechnen, dass sich der derzeit noch günstige Modal-Split beim Güterverkehr aufgrund der Zuwächse und der entfallenden Beschränkungen auf diesen Ost-West-Routen massiv verschlechtern wird. Da regional zum Teil noch ungünstige Erreichbarkeiten bestehen, ist der Ausbau und der direkte Zugang zu TEN/TINA-Netzen herzustellen. Sowohl hochwertige Logistikdienstleistungen als auch der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur eröffnen daher ein großes Entwicklungspotenzial.

Natürliche Risiken und Risikomanagement

Österreich hat durch den hohen Anteil des Alpenraums am Bundesgebiet neben der erheblichen ökologischen Sensibilität auch ein hohes Naturraumrisiko, vor allem durch Hochwässer, Vermurungen, Lawinen und Felsstürze. Wie die Ereignisse in den letzten Jahren wieder deutlich sichtbar gemacht haben, sind davon Siedlungsgebiete, Wirtschaftszonen und touristische Intensivgebiete betroffen. Es geht daher in Zukunft darum, die bestehenden Kenntnisse und Vorkehrungen zur Prävention des Naturraumrisiko zu intensivieren und auch auf höhere Ereignishäufigkeiten anzupassen.

3. Die regional- und beschäftigungspolitischen Strategien Österreichs

Die Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft stellen im Rahmen der Lissabon- und Göteborg-Prozesse die strategischen Leitlinien für den Einsatz der Strukturfonds dar. In diesem Dokument wird dargelegt, wie innerhalb der EU mit den genannten (äußeren und inneren) Herausforderungen umgegangen und auf welche wirtschaftspolitischen Strategien der Einsatz der Strukturfondsmittel ausgerichtet werden soll. Entsprechend den zugrunde gelegten, übergreifenden Prozessen und der in den MS doch stark unterschiedlichen Ausgangssituation ist das Spektrum der zum Einsatz vorgeschlagenen Strategiefelder breit und lässt Raum für national differenzierte Anwendungen.

Die österreichischen Ziele und die (in der Langfassung ausgeführte) Entwicklungsstrategie wurden auf Basis der EFRE-Verordnung formuliert (Verordnung (EG) Nr.1080/2006 des Rates). Die Bearbeitung des [STRAT.AT](#) setzt zwar bei grundsätzlich kofinanzierbaren Bereichen an, geht aber auch bewusst darüber hinaus. Im Rahmen des [STRAT.AT-Prozesses](#) wurde geklärt, welche der Ziele und in weiterer Folge welche Strategiefelder der KLL für Österreich besonders bedeutend sind und wie die Österreichische Strategie in diesem Rahmen inhaltlich (und räumlich) ausgerichtet werden soll. Die Strategiefelder des [STRAT.AT](#) – die regional- und beschäftigungspolitischen Strategien für Österreich – lassen sich innerhalb des Portfolios der Kohäsionsleitlinien darstellen.

Tragend für die Regional- und Beschäftigungspolitik im Sinne des [STRAT.AT](#) ist die Ausrichtung auf *Innovation als komplexer, gesamtgesellschaftlicher Prozess*. Dies bedeutet, dass dieser Prozess das ganze Land und alle Regionen, auch die wirtschaftsstrukturell und lagemäßig benachteiligten Regionen, einschließen und zur Verringerung regionaler Disparitäten beitragen soll.⁴

⁴ Neben den im [STRAT.AT](#) angeführten bedarf es auch des Einsatzes zahlreicher andere Politikbereiche (z.B. Steuer-, Wirtschafts-, Sozial- und Rechtspolitik, flexible Arbeitsorganisation, rasches behördliches Agieren, weltoffene Kulturpolitik). Wesentliche Elemente dieser aus Sicht des [STRAT.AT](#) notwendigen Rahmenbedingungen werden im Nationalen Reformplan (NRP) ausgeführt. Im Zuge des neu gestalteten Lissabon-Zyklus hat Österreich im Herbst 2005 sein „Nationales Reformprogramm“ (NRP) für die Jahre 2006 – 2008 vorgelegt.

- Die Entwicklungsstrategie des [STRAT.AT](#) zielt darauf ab, dass Österreich den Übergang auf eine wissensbasierte Ökonomie und Gesellschaft auf breiter Front gestaltet und ausbaut. Neue Wachstumsmuster, die stärker auf der Vernetzung von Wissen und Marktzugängen basieren und in die neuen MS hineinragen, treiben die Entwicklung in Österreich an. Die Strategie fußt auf einem *breiten Innovationsbegriff, wie ihn die EK definiert, der auch nicht-technologische (organisatorische, logistische, finanz- und personalwirtschaftliche, vermarktungsrelevante und designorientierte) Innovationen einschließt.*

Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Anbindung und Integration von wirtschaftlich schwächeren Regionen an die Zentren der Innovations- und Forschungsaktivitäten. Dieses Ziel hat in Österreich auch deswegen eine hohe Bedeutung, da ein sehr großer Teil des Staatsgebietes auf Gebiete mit regionalen Besonderheiten entfällt (siehe oben: Grenzgebiete; 60% der Bevölkerung lebt in Berggebieten, ein noch höherer Anteil in ländlichen Regionen; weiters sind die Städte als Entwicklungsmotoren mit spezifischen Anforderungen konfrontiert). Für die genannten Raumtypen wurden auch eigene Zielsetzungen und Strategieschwerpunkte definiert.

Für Österreich im Sinne des [STRAT.AT](#) sind folgende übergeordnete Zielsetzungen von besonderer Bedeutung für die anzuwendenden Entwicklungsstrategien (siehe Abbildung 1, unten):

Breite regionale Verankerung der innovations- und wissensbasierten Ökonomie:

- Eine intensivere Ausrichtung und Stärkung der Wissensbasis und Innovationskraft von Unternehmen, Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen, ausgerichtet auf die Erfordernisse kleinster, kleiner und mittlerer Unternehmen in stark wachsenden, internationalen Aktionsräumen
- Unterstützung des Übergangs zur wissensbasierten Wirtschaft- und Gesellschaft auf breiter Front, um die Schaffung neuer Wachstumsmuster in Österreichs Wirtschaft zu ermöglichen; Erhöhung der Anteile der InnovatorInnen in allen Wirtschaftszweigen, d.h. auch bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen, Tourismus und Freizeitwirtschaft, Verkehr und Logistik, Sozialwirtschaft.
- Die Stärkung und Erleichterung grenzüberschreitender und international ausgerichteter Wirtschaftsaktivitäten, was aufgrund des hohen Anteiles sehr kleiner Unternehmen und der Lage an der Grenze zu den neuen Mitgliedsstaaten essentiellen Charakter einnimmt (u.a. im Programm Territoriale Kooperation)

Die Entwicklung attraktiver Regionen und wettbewerbsfähiger Standorte:

- Entwicklung attraktiver Standorträume unter Beachtung einer ausgewogenen räumlichen Struktur und funktionaler und sozialer Durchmischung in den einzelnen Raumtypen. Beitrag zum Ausgleich der regionalwirtschaftlichen Disparitäten und zur Polyzentrischen Entwicklung i.S. des EUREK, die auf die Anbindung an und die Verflechtung von Städten und Regionen abzielt. Integrierte und nachhaltige Raumentwicklungspolitik durch enge Verknüpfung von ordnungspolitischen Ansätzen (Raumplanung) und innovations- und prozessorientierten Instrumenten der Regionalentwicklung.
- Die intensive Strukturanpassung von Unternehmen in Grenzregionen, die aufgrund des beträchtlichen Kosten- und Fördergefälles zu den neuen Mitgliedsstaaten in einer wettbewerbsrelevant bedrohlichen Lage sind. Nachhaltige Sicherung und Fortführung des Aufholprozesses in Österreichs einziger Konvergenzregion Burgenland durch erhöhte Unterstützung im Rahmen des Phasing-Out-Regimes.
- Bei der Verbesserung von Verkehrswegen und Logistik mit dem Ziel der Umweltentlastung sowie der besseren Anbindung an die neuen Mitgliedsstaaten beschränken sich die SF-kofinanzierten Maßnahmen aufgrund des Mittelumfanges auf die Bereiche Planung bzw. Koordination mit innovativem und strategischem Charakter.
- Die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz, der Einsatz erneuerbarer Energien sowie von Umweltinvestitionen im Unternehmensbereich und im öffentlichen Sektor werden als zentrale,

innovative Strategie gestärkt und auch dazu genutzt, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, neue Märkte zu erschließen und gleichzeitig zur Erreichung des Kyoto-Zieles beizutragen.

- Die Erhaltung und gleichzeitige Nutzung von natürlichen Ressourcen (wie z.B. von nachwachsenden Rohstoffen) durch Innovationen und von kulturlandschaftlichen Werten durch Managementkonzepte und Steuerungsmaßnahmen
- Die Sicherung von Siedlungs- und Wirtschaftsräumen vor Naturkatastrophen durch vorausschauende Planung, Maßnahmen der Risikoprävention und der Risikoreduktion

Die Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen:

- Als übergeordnetes Ziel ist – im Einklang mit der Europäischen Beschäftigungsstrategie – die Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Qualifizierung von ArbeitnehmerInnen vorgesehen, ein Ziel, das direkt und indirekt auch die Unternehmen einschließt. Generell ist hier die Ausrichtung auf die gesteigerten Qualifikationserfordernisse einer wissensbasierten, innovations- und qualitätsorientierten Wirtschaftsentwicklung zu betonen
- Das Ziel Stärkung des Humankapitals ist im umfassenden Sinn zu verstehen und beruht auf dem Ansatz des Lebensbegleitenden Lernens (LLL), der die individuelle Ausrichtung und Gestaltung von beruflichen Lebenswegen sehr stark betont
- Der Zugang zu Beschäftigung aus Phasen der Arbeitslosigkeit soll unterstützt und erleichtert werden; ein besonderer Akzent liegt hier bei älteren ArbeitnehmerInnen und Frauen
- Benachteiligte Personengruppen und Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und dadurch einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut zu leisten ist als grundlegendes sozialpolitisches Ziel ein wesentlicher Bestandteil der Programmperiode
- Als Programmprinzipien werden die Entwicklung des Wissenspotenzials beider Geschlechter, die durchgängige Anwendung des Prinzips der Gleichstellung von Frauen und Männern (Gender Mainstreaming) bei der Erstellung und Umsetzung von Operationellen Programmen und Förderrichtlinien, innovative, an den regionalen Kontext angepasste, spezifische Frauen- und Gleichstellungsprojekte eingesetzt.

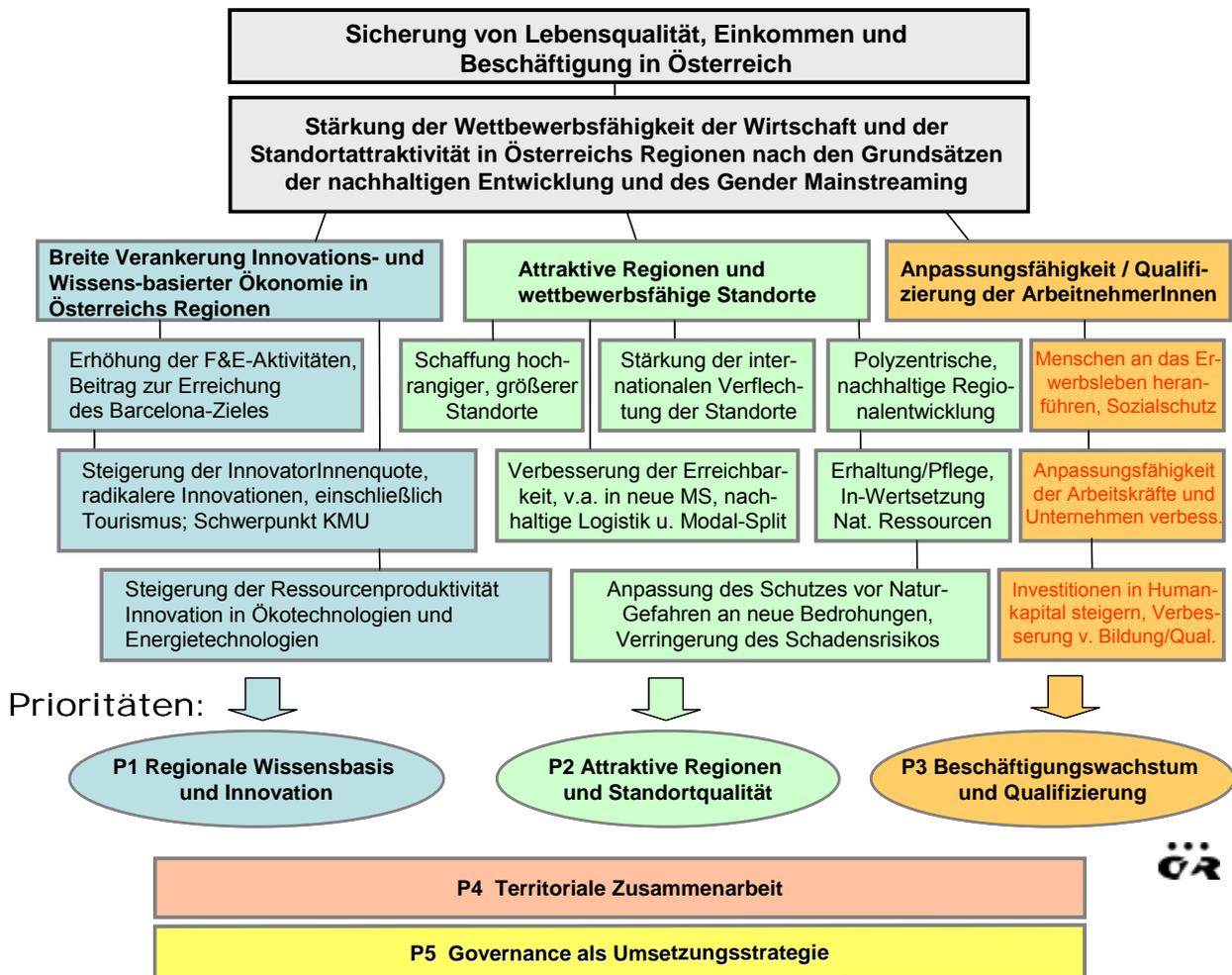
Dieser strategische Pfad soll durch – auf unterschiedliche regionale Ausgangssituationen angepasste – moderne Governance-Strategien zur Stärkung der Lern- und Innovationsfähigkeit bei der Umsetzung unterstützt werden (horizontale Priorität 5).

Als weitere horizontale Priorität wird die Territoriale Zusammenarbeit als Priorität 4 verankert, die inhaltlich alle in den thematischen Prioritäten 1 bis 3 dargestellten Aktivitäten sowie die Ebenen der grenzüberschreitenden, der transnationalen und der interregionalen Kooperation einschließt.

Die SF-relevanten Förderungsschwerpunkte im Rahmen des [STRAT.AT](#) sind daher „Regionale Wissensbasis und Innovation (P1)“, „Attraktive Regionen und Standortqualität (P2)“ und „Anpassungsfähigkeit und Qualifizierung der Beschäftigung (P3)“ sowie – als horizontale Prioritäten – „Territoriale Kooperation (P4)“ und „Governance (P5)“.

Abbildung I: Das übergeordnete Zielsystem des STRAT.AT

Übergeordnetes Zielsystem STRAT.AT 2007|2013



Quelle: STRAT.AT-Prozess

Viele Bereiche der Priorität 2 (z.B. Infrastrukturausbau im Bereich Verkehr und Logistik) werden – aufgrund der hier erforderlichen hohen Mittel und wegen der bereits laufenden alternativen Finanzierungsmodelle (einschließlich der Beteiligung von EIB u.a.) – vorwiegend ohne SF-Mittel umgesetzt. Die SF-Kofinanzierung von infrastrukturellen Großprojekten würde aufgrund der langen Planungshorizonte und großen Finanzvolumina den Rahmen der EFRE-Programme 2007-2013 sprengen. Daneben kommen bestimmte Bereiche aufgrund ihres Charakters für eine SF-Kofinanzierung nicht in Frage (z.B. rechtliche Rahmenbedingungen). Dabei werden jedoch die in einzelnen Programmen teilweise für die SF-Kofinanzierung vorgesehenen Bereiche (Planung und Projektentwicklung, Begleitmaßnahmen, Steuerungsinstrumente, F&E) wichtige inhaltliche und innovatorische Impulse liefern (siehe Abbildung 1, oben).

Im Zuge des neu gestalteten Lissabon-Zyklus hat Österreich im Herbst 2005 sein „Nationales Reform Programm“ für die Jahre 2006 – 2008 vorgelegt. Die regional- und beschäftigungspolitischen Strategien des STRAT.AT werden als Bestandteil des NRP eingebracht.